

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
7. Januar 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunfel), Wilhelmshöhe,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Friedensfragen und Kriegskredite. — Konferenz der deutschsprachigen Sozialistinnen in den Vereinigten Staaten. Von f.r. — Die militärische Jugendvorbereitung. Von Mathilde Wurm. — Aus der Bewegung: Genosse Bailant †. — Lina Scherzer-Berlin †. — Agitationsversammlungen im Kreise Landeshut-Volkshain-Zauer. Notizenteil: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Gewerkschaftliches. — Dienstbotenfrage.

Friedensfragen und Kriegskredite.

Mehr als alle früheren Kriegstagungen des Reichstags hat die im Dezember Anspruch auf gespannteste Aufmerksamkeit und eingehende Würdigung. Am 9. Dezember machte die sozialdemokratische Fraktion den Versuch, durch ihre Friedensinterpellation Klarheit über die Kriegsziele der deutschen Regierung zu erlangen. Genosse Scheidemann begründete die Interpellation mit dem Hinweis auf die ungeheuren, stetig noch wachsenden Opfer des Weltkriegs in allen Ländern. Man müsse die Furcht vor falschen Deutungen abwerfen und endlich auch vom Frieden reden. Genosse Scheidemann verwies auf die Fraktionserklärung vom 4. August 1914, die davon ausging, daß die Kultur und Unabhängigkeit Deutschlands in Gefahr seien. Die Erklärung hatte gefordert, daß dem Kriege ein Ende gemacht werden müsse, sobald das Ziel der Sicherung erreicht und die Gegner zum Frieden geneigt seien. Sie hatte einen Frieden verlangt, der Freundschaft zu den Nachbarländern ermögliche. Das Ziel der Sicherung, so meinte Genosse Scheidemann, sei nun erreicht, es sei falsch, zu warten, bis der Besiegte den Frieden anbiete. Das sei überhaupt nicht möglich bei einem ganz Europa aufwühlenden Koalitionskriege. Der könne und solle vom Frieden reden, der militärisch und wirtschaftlich so gestellt sei, daß seine Worte nicht als Geständnis der Schwäche mißdeutet zu werden vermöchten. Es seien auch in Deutschland Eroberungspläne ausgeheckt worden, die die Mehrheit des Volkes sicher ablehne, wenn sie darüber sprechen dürfe. Im Ausland aber würden solche Dinge dazu benützt, um die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland als eine Notwendigkeit hinzustellen. Annexionen volksfremder Gebiete, sagte Genosse Scheidemann, verstoßen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und schwächen zugleich die innere und äußere Einheit des deutschen Nationalstaates. Natürlich wendete sich der sozialdemokratische Redner auch gegen alle Annexionsgelüste der feindlichen Staaten und verwies auf die sozialistische Friedensarbeit in England wie Italien. „Könnte die Presse“, meinte er, „frei über die Kriegsziele und den Friedenswillen schreiben, mit elementarer Gewalt käme der Friedenswille in allen Ländern zum Durchbruch.“ Auch die deutsch-österreichische Bruderpartei teile die von ihm vorgetragene Ansicht. Zur Erreichung kapitalistischer Sonderinteressen wolle das Volk nicht das Leben auch nur eines einzigen Soldaten aufs Spiel gesetzt wissen.

Genosse Scheidemann hat die sozialdemokratische Interpellation rein mit Gründen der Menschlichkeit und vor allem der rechtsverstandenen politischen Klugheit begründet. Er geht aus von der amtlichen Anschauung, daß Deutschland zu diesem Kriege keinerlei Veranlassung gegeben hat, daß das Proletariat an dem ungeschmälersten Bestand des bürgerlichen Staates dasselbe Interesse hat wie jede andere Bevölkerungsklasse. Seine Forderungen stellt er im Interesse nicht einer bestimmten Klasse, sondern des bürgerlichen Nationalstaates selber und erwartet einen dauernden Frieden von der klugen Mäßigung der bürgerlichen Staatsmänner. Nach seiner Anschauung können also auch im Zeitalter des Imperialismus bürgerliche Staaten als friedliche Nachbarn nebeneinander haften, wenn nur ihre Diplomaten und Staatsmänner geschickt genug sind. Eine Theorie das, der bekanntlich die bürgerlichen Friedensgesellschaften huldigen, die von internationalen Abmachungen, Schiedsgerichtsverträgen und ähnlichen Abkommen die Garantierung des Weltfriedens erwarten.

Genosse Scheidemann hat in seinen Ausführungen auf die Friedensarbeit Macdonalds in England und von Treves in Italien hingewiesen. Aber diese Friedensarbeit geht von wesentlich anderen Voraussetzungen aus. Das italienische amtliche Stenographenbureau hat die Rede von Treves zum Beispiel wie die des Genossen Lucci im italienischen Parlament bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Wie nachträglich durch Spezialberichte bekannt wird, haben die italienischen Genossen vom Boden des Klassenkampfes aus ihre Regierung angegriffen und ihren herrschenden Klassen die historische Verantwortung für den Krieg keineswegs abgenommen. Sie sehen nach wie vor in der zielklaren Arbeit für den internationalen Sozialismus die einzige wirkliche Bürgerschaft eines dauernden Völkerfriedens.

Der Reichsfinanzler gab in seiner Antwort der Genugtuung darüber Ausdruck, daß Genosse Scheidemanns Rede jede Mißdeutung der Interpellation als Geständnis militärischer oder wirtschaftlicher Schwäche unmöglich gemacht habe. Er stellte die wirtschaftliche und militärische Stärke Deutschlands in Gegensatz zu den, wie er meinte, immer noch bestehenden Vernichtungsabsichten der Gegner. Dann kam er zu folgenden ebenso inhalts- wie folgenschweren Äußerungen:

„... Solange diese Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Mächtern besteht, und diese Geistesverfassung die feindlichen Völker beherrscht, wäre ein Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die den Krieg nur verlängern würde. Mit Friedensäußerungen von unserer Seite kommen wir nicht vorwärts. Friedensangebote unserer Feinde, die der Würde und Sicherheit des Deutschen Reiches entsprechen, sind wir, ich wiederhole es immer wieder, allezeit bereit, zu diskutieren. In dem vollen Bewußtsein unserer unbestreitbaren und unerschütterlichen glänzenden militärischen Erfolge lehnen wir jede Verantwortung für die Fortsetzung des Unheils ab. Es soll nicht heißen, daß wir den Krieg auch nur einen Tag verlängert haben, weil wir noch dieses oder jenes Faustpfand dazu erobern wollen. Unsere allgem-

nen Kriegsziele habe ich in meinen letzten Reden umrissen. Ich kann auch heute nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich kann nicht sagen, welche Garantien die kaiserliche Regierung in der belgischen Frage fordern wird, welche Machtgrundlagen sie für diese Garantien für notwendig erachtet. Aber eines müssen sich unsere Feinde selbst sagen: je länger und je verbitterter sie diesen Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen die Garantien, die für uns notwendig sind. . . . Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Anleihen an Rußland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaute. Und ebenio ist es bekannt, daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet gegen uns betrachteten, dagegen müssen wir uns politisch und militärisch, und wir müssen auch wirtschaftlich die Möglichkeit unserer Entfaltung sichern."

Dies sind die entscheidenden Worte in der Antwort des Reichskanzlers. Sie lehnen die Anschauungen des Genossen Scheidemann ab, indem sie nicht von kultureller Verständigung, sondern allein von militärpolitischen „Machtgrundlagen“ die Herbeiführung eines dauernden Friedens erwarten. Es ist der alte, von der Sozialdemokratie früher so oft und eindringlich widerlegte Grundsatz des gewappneten Friedens, nur natürlich auf einer Stufe, die alles Frühere überholt. Klarer, als es geschah, konnte der Reichskanzler sein Programm im Augenblick gar nicht enthüllen. Stürmischer Beifall bewies, daß er die Zustimmung der bürgerlichen Parteien erhalten hat.

An die Rede des Reichskanzlers schloß sich eine erregte Geschäftsordnungsdebatte. Genosse Haase benützte die Gelegenheit, um für seine Person die Anschauung, die in der Beantwortung der Interpellation zum Ausdruck gekommen sei, „mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen“. Im Namen der Fraktionsminderheit, erklärte er sich entschieden gegen alle Eroberungspläne, die ja doch nur das Ergebnis haben könnten, Europa in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Für die Fraktionsmehrheit sprach dann Genosse Landsberg, der mit einer gewissen Sophistik es unternahm, eine Brücke zwischen den politischen Anschauungen seiner Freunde und denen der Regierung zu konstruieren. Er meinte, die Friedensbedingungen des Kanzlers ließen sich sehr wohl hören; in dem Wort von den „Faustpfändern“ sah er nicht eine Zustimmung zu der Amerikanspolitik, sondern eine Absage an sie. Freilich steht die Fraktionsmehrheit in der gesamten Öffentlichkeit mit dieser Deutung allein. Die konservative „Kreuzzeitung“ zum Beispiel meinte zur Rede des Reichskanzlers: „Seine Erklärung betonte, daß alle Mittel, einschließlich etwa notwendiger Erwerbungen, dem deutschen Volke recht sein müßten.“ Der Berliner Korrespondent der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung“ schreibt über die Friedensinterpellation der sozialdemokratischen Fraktion:

„Das ist eine Frage, deren Aufwerfung die Sozialdemokratie ihren theoretischen Grundsätzen und wohl auch der Erwägung schuldig zu sein glaubte, daß es politisch möglich ist, in dieser schweren Zeit einmal öffentlich recht laut vom Frieden zu sprechen, auch wenn nicht viel dabei herauskommt. Es wird ja immer Leute geben, die denjenigen, die dies zuerst getan haben, ein besonderes Verdienst um den späteren Frieden zuschreiben, obwohl es auf der Hand liegt, daß es durchaus nicht sicher ist, daß der den Frieden am meisten fördert, der ihn am lautesten fordert. Man muß aber den beiden Sprechern der interpellierenden Partei zu ihrem Lobe nachsagen, daß sie das Thema würdig und in guter Haltung behandelt haben. . . . Die bürgerlichen Parteien sind dafür eingetreten, daß bei den Friedensverhandlungen die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln, einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen, gewahrt werden müssen.“

Das freisinnige „Berliner Tageblatt“ war mit der Auslegung des Genossen Landsberg nicht einverstanden. Es vermißte in der Kanzlerrede „jegliche klare und entschiedene Ab-

kehrung der von unverantwortlichen Kreisen und Personen eifrig betriebenen, gigantischen Eroberungsprojekte. Eine unzweideutige Trennung zwischen Reichspolitik und solcher zum Teil gedankenlosen und zum Teil auch gewissenlosen Projektensmacherei schien uns“, schreibt das Blatt, „in dieser Debatte wünschenswert zu sein.“ Die „Leipziger Volkszeitung“ aber schreibt mit Recht:

„Wir müssen — sagen wir es offen — dem Kanzler dankbar sein für die Worte, an denen nur die Feigheit zu drehen und zu deuteln vermag. Und nicht geringerer Dank gebührt den bürgerlichen Parteien, die durch den Mund des Zentrumsführers Spahn klipp und klar die „erforderlichen Gebietserweiterungen“ verlangt haben. Zum erstenmal haben sie in einer Form, die eine nachträgliche Ablehnung und Abbrödelung nicht gestattet, ihre wahren Absichten von der Tribüne des Reichstags verkündet. Das vor aller Welt festzustellen, wäre Sache des zweiten sozialdemokratischen Redners gewesen.“

Mit der neuen Kriegskreditvorlage von zehn Milliarden erreicht die Staatsschuld die Höhe von 40 Milliarden, das macht eine jährliche Verzinsung von zwei Milliarden. Erst diese Tatsache rückt die Steuerdebatten vom Tage vorher in das rechte Licht.

Die schon am 9. Dezember bei der Friedensinterpellation angedeutete Spaltung in der sozialdemokratischen Fraktion trat bei der Stellungnahme zu den Kriegskrediten in volle Erscheinung. Sie ist nur das Spiegelbild der in den Parteien selbst wachsenden Opposition gegen die Parteilichkeit und der in allen Ländern wachsenden Friedenssehnsucht der Massen. Die Mehrheit genehmigte wie früher den Kredit. Ihre Erklärung war diesmal ein wenig schärfer als im August. Ihr Sprecher, Genosse Ebert, sagte, angesichts der Bestrebungen im Ausland, Deutschland niederzuringen, hatte es die Fraktion nach wie vor für die unerläßliche Pflicht des gesamten deutschen Volkes, seine Abwehr fest und entschlossen zu führen. Es sei Pflicht, nicht nur die Mittel dafür bereitzustellen, sondern auch Deutschlands Macht zu stärken. Dies solle geschehen durch eine bessere Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer und aller Notleidenden, durch eine weitergehende Regelung der Lebensmittelversorgung. Genosse Ebert erklärte weiter, die Fraktionsmehrheit erhebe Einspruch gegen alle Annexionspläne, die darauf hinausgehen, andere Völker zu vergewaltigen. Sie schiebt dem Reichskanzler die Verantwortung zu. Sie wünscht aufs dringendste, daß die deutsche Regierung jede Möglichkeit zu Friedensverhandlungen bereitwillig wahrnimmt.

22 sozialdemokratische Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten, indem sie vor ihr den Sitzungssaal verließen. 20 Mitglieder der Minderheit in der sozialdemokratischen Fraktion sind über diese schwächliche Form des Protestes hinausgegangen. Sie haben sich zu einer selbständigen Politik aufgerafft. Es ist dies nicht überraschend gekommen, da in allen Ländern die Opposition gegen den Krieg rüstet. Im Namen der Minderheit gab Abgeordneter Geher eine begründete Erklärung ab. Sie lautet nach dem „Vorwärts“:

„Für mich und 19 meiner Fraktionskollegen habe ich folgendes zu erklären: Die Militärdiktatur, die rücksichtslos alle Friedensbestrebungen und die freie Meinungsäußerung unterdrückt, macht es uns unmöglich, unsere Stellung zur Kreditvorlage außerhalb dieses Hauses zu begründen. Wie die Eroberungsziele der Regierungen und Parteien anderer Länder, so werden von uns mit derselben Entschlossenheit und mit aller Kraft auch die Eroberungspläne der Annexionspolitiker unseres Landes bekämpft, die in gleicher Weise ein ernstes Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. (Sehr wahr! bei einem Teil der Sozialdemokraten.) Diese gefährlichen Politiker hat der Reichskanzler am 9. Dezember nicht von sich gewiesen, er hat ihnen vielmehr Vorschub geleistet. (Zustimmung bei einem Teil der Sozialdemokraten.) Die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in ihrer Erklärung vom gleichen Tage diese Ausführungen des Reichskanzlers unterstützt und ausdrücklich Gebietserwerbungen gefordert. Erfolg versprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk vergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit jedes Volkes gewahrt wird. (Sehr wahr! bei einem Teil der Sozialdemokraten.) Unsere Landesgrenzen und

unsere Unabhängigkeit sind gefährdet. Uns droht kein Einbruch feindlicher Heere mehr. Wohl aber geht unser Reich wie das übrige Europa weiter den Verwüstungen der Kultur durch die Fortsetzung des entsetzlichen Völkerrings entgegen. (Sehr richtig! bei einem Teil der Sozialdemokraten.) Der deutschen Regierung fällt es zu, weil Deutschland mit seinen Verbündeten sich in einer günstigen Kriegslage befindet, den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Die sozialdemokratische Fraktion hat am 9. Dezember den Herrn Reichskanzler aufgefordert, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen, der Reichskanzler hat das aber schroff abgelehnt. (Sehr wahr! bei einem Teil der Sozialdemokraten.) Der entsetzliche Krieg geht weiter. Jeder Tag schafft neues unsägliches Leid. Eine Politik, die nicht alles tut, um diesem namenlosen Elend Einhalt zu gebieten, eine Politik, die in ihrer gesamten Betätigung im schrecklichen Gegensatz zu den Interessen der breiten Massen der wertvollen Bevölkerung steht, durch unser parlamentarisches Verhalten zu unterstützen, ist uns unmöglich. (Sehr wahr! bei einem Teil der Sozialdemokraten.) Es muß dem in allen Ländern hervortretenden und stets wachsenden Friedensbedürfnis ein kräftiger Antrieb gegeben werden. Unseren Friedenswillen und unsere Gegnerschaft gegen Eroberungspläne können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Wir lehnen die Kredite ab."

Konferenz der deutschsprachigen Sozialistinnen in den Vereinigten Staaten.

Am 10. Oktober hat in Philadelphia eine Konferenz der deutschamerikanischen Genossinnen stattgefunden, die in der Sozialistischen Partei organisiert sind. Die Konferenz war gut besetzt und brachte eine frische, lebensvolle Aussprache über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Frauen zu den Zeitfragen und ihre Betätigung auf verschiedenen Gebieten.

Mit besonderem Interesse und großer, klarer Entschiedenheit wurde die Frage der internationalen Solidarität des Proletariats und der Verbindung zwischen den sozialistischen und Arbeiterorganisationen der ganzen Welt behandelt. In welchem Sinne das geschah, zeigt diese Resolution: „Die Konferenz der deutschsprachigen sozialistischen Frauen der Vereinigten Staaten erklärt, daß sie die Beschlüsse der am 5. September in Zimmerwald (Schweiz) abgehaltenen Internationalen Sozialdemokratischen Konferenz auf das freudigste begrüßt und auf das herzlichste alle Bemühungen unterstützt, die internationale Solidarität des Proletariats zu beleben und den Klassenkampfgedanken zu stärken. Von dem Grundsatz ausgehend, daß wir Sozialisten nicht auf dem Boden der nationalen Solidarität, sondern auf dem der internationalen Solidarität des Proletariats und des Klassenkampfes stehen, appelliert sie an die leitenden Körperschaften aller sozialistischen Parteien und Klassenbewußten Arbeiterorganisationen, um die zerrissenen Fäden der internationalen Beziehungen der Proletarier neu zu knüpfen und die Arbeiterklasse zur Selbstbefinnung und zum Kampfe für den Völkerfrieden, für die Freiheit und für die sozialistische internationale Republik in allen Ländern zu erziehen.“

Als weiterer Ausdruck des Bewußtseins internationaler Solidarität gelangten nachstehende Sympathieumgebungen für die damals noch verhaftete Genossin Zetkin und den verstorbenen Genossen Keir Hardie zur Annahme: „Die Deutsche Frauenkonferenz der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten bedauert aufs tiefste die Verhaftung der mutigen Vorkämpferin des internationalen revolutionären Proletariats, Frau Klara Zetkin, und spricht ihr hierdurch die herzlichsten Wünsche für ihre baldige Freilassung aus. Wie sie verurteilt auch diese Konferenz den Krieg von Volk gegen Volk, der der Mutter den Sohn, der Gattin den Mann und den Kindern den Vater entweder ganz beraubt oder als Krüppel wiederbringt. . . . Wir hoffen, daß Genossin Zetkin bald wieder in der Lage sein werde, ihre Tätigkeit aufzunehmen, die jetzt dringender als je notwendig ist.“ — „Tieftraurig

bernehmen die deutschen sozialistischen Frauen der Vereinigten Staaten die Botschaft von dem Ableben James Keir Hardies. In ihm hat die sozialistische Bewegung in ihrer schwersten Stunde einen ihrer treuesten Kämpfer verloren, einen Arbeiter im höchsten, im wahrsten, im schönsten Sinne des Wortes. Sein tiefes Verständnis für die Probleme der Arbeiterklasse, seine furchtlose und konsequente Gegnerschaft gegen den europäischen Völkerrkrieg, sein sozialistisches, internationales Solidaritätsbewußtsein machten ihn zu einem Vorbild für die denkende Arbeiterschaft der ganzen Welt.“

Auch in den Vereinigten Staaten sind die kapitalistischen Imperialisten und Rüstungstreiber kräftig und gewissenlos an der Arbeit. Von unersättlicher Profitgier gestachelt, drohen ihre Machenschaften dem Lande einen erdrückenden Rüstungspanzer anzulegen, es in weltpolitische Abenteuer zu verstricken und in blutige Kriege zu hegen. Die deutschamerikanischen Genossinnen halten es für eine zwingende Pflicht der Frauen, der Mütter, der aufsteigenden Gefahr entgegenzuwirken. Sie brachten das in den Verhandlungen und der Beschlusfassung zur Frage der amerikanischen Rüstungen zum Ausdruck. Der Beschluß lautet also: „In der Erwägung, daß augenblicklich von interessierten Kapitalistengruppen in den leitenden Tageszeitungen dieses Landes eine eifrige und täglich zunehmende Propaganda für gesteigerte Rüstungen zu Wasser und zu Lande ins Werk gesetzt wird; in Erwägung, daß die Erfahrung gelehrt hat, daß die seit vielen Jahren betriebenen und ins Maßlose gesteigerten Kriegsrüstungen der europäischen Großmächte nicht nur nicht imstande waren, das ungeheure Unheil des entsetzlichen Weltkrieges zu verhindern, sondern daß gerade diese sogenannte Kriegsbereitschaft in erster Linie mit für den jetzt tobenden Völkerrkrieg verantwortlich ist; in Erwägung, daß durch die geplanten Rüstungen der für eine freie Republik würdige Gedanke, Streitigkeiten durch Schiedsgericht zu entscheiden, immer in den Hintergrund treten wird und die Kriegsbereiber viel leichter das Land in einen Krieg treiben, wodurch die ärmeren Klassen am meisten zu leiden haben; erklärt die Konferenz, daß wir, die Vertreterinnen der deutschen sozialistischen Frauengruppen von Amerika, als Frauen und Mütter, energisch gegen eine solche Agitation protestieren und uns verpflichten, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um dem verbrecherischen Treiben entgegenzuarbeiten.“

Zwei Punkte der Tagesordnung zeigen, daß unsere Genossinnen jenseits des großen Wassers erkannt haben, wie wichtig es ist, dem sozialistischen Ideal künftige Kämpfer und Kämpferinnen zu erziehen. Die Konferenz befaßte sich mit der sozialistischen Jugendbewegung und mit der reaktionären Schulpolitik. Die geäußerten, anregungsreichen Gedanken zur Jugendbewegung wurden in dieser Erklärung zusammengefaßt: „Noch immer standen die Frauen- und die Jugendbewegung im engsten Zusammenhang. Noch immer waren es besonders die Frauen, die das größte Verständnis den Bemühungen des heranwachsenden Geschlechts entgegenbrachten, sich zu organisieren und zu bilden. Auch heute sehen wir wieder, daß es die Frauen- und die Jugendorganisationen sind, die die Ideale des Internationalismus, die die Grundidee des Sozialismus festgehalten haben, und zwar — was ihnen besonders zum Ruhme gereicht — in der bittersten, kritischsten Zeit der sozialistischen Internationalen. Wir sehen in der vorzüglichen Haltung unserer europäischen Jugend einen neuen starken Beweis für die Notwendigkeit einer starken und gründlich gebildeten Jugendorganisation und geloben uns, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die jugendlichen Sozialisten in ihrem Bemühen, neue Mitglieder zu werben und sich weiterzubilden, zu unterstützen. Ferner wollen wir eifriger als bisher dafür Sorge tragen, daß das Organ der Jugendbewegung in den Vereinigten Staaten, „The Young Socialist Magazine“, weitere Verbreitung findet, damit es seinen Zweck immer besser erfüllt,werbend und bildend unter der Arbeiterjugend zu wirken.“ (Schluß folgt.)

Die militärische Jugendvorbereitung.

Von Mathilde Wurm.

1. Die Erlasse.

Seit Kriegsausbruch vergeht kein Tag, ohne daß die bürgerliche Presse die militärische Jugenderziehung als notwendige Folge des Krieges fordert.

Zu dieser Forderung gab den Auftakt der bekannte Dreiministererlaß vom 16. August 1914, unterzeichnet vom Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, vom Kriegsminister und dem Minister des Innern.

Der Erlaß betrifft die Jugend vom 16. Jahre an, „die nötigenfalls zu militärischem Hilfs- und Arbeitsdienst nach Maßgabe ihrer körperlichen Kräfte herangezogen werden soll“. Es wird als „Ehrenpflicht“ erwartet, daß alle, die bis jetzt „den Veranstaltungen für die sittliche und körperliche Kräftigung ferngeblieben sind“, sich freiwillig einfinden werden. Es folgen die Richtlinien, deren letzter Satz ganz besonders Zweck und Ziel der militärischen Jugendvorbereitung charakterisiert:

In den Abendstunden hat einfacher theoretischer Unterricht über Feld-, Wach- und Lagerdienst stattzufinden. Vor allen Dingen aber ist auf die Herzen der Jugend durch Erzählung von den Großtaten der Väter einzuwirken, durch Mitteilung von Kriegsnachrichten der Born gegen den Feind zu entfachen, der zumal im Osten, wo er deutschen Boden betritt, alle Dörfer in Flammen aufgehen läßt und die Einwohner vertreibt oder tötet.

Schon am 11. August war der „Ausruf des Generalfeldmarschalls v. d. Goltz an die deutsche Jugend“ erschienen, in dem mitgeteilt wurde: „Während der Dauer des Krieges tritt der Jungdeutschlandbund vorübergehend in die allgemeine Neuordnung der Jugendkräfte über, die in nächster Zeit von höherer Stelle aus getroffen wird“ usw. Daß Herr v. d. Goltz schon am 11. verkünden konnte, was „nächstens“ geschehen werde, hat bei vielen anderen ebenso vaterlandstreuen Vereinen arge Verstimmung hervorgerufen.

Ein Armeekorpsbezirk wurde noch mit besonderen „Richtlinien“ versehen, in denen es unter anderem heißt:

Stammrolle. Gleich nach ihrer Einstellung (in die Jugendkompagnie) werden die Freiwilligen in die Stammrolle aufgenommen.

Ehrenbezeugungen. Bei den nahen Beziehungen der Jugendwehr zum Heere und bei ihrer Unterstellung unter das stellvertretende Generalkommando ist es unerlässlich, daß die Freiwilligen, sobald sie als solche durch die Armeebinde kenntlich sind, die Offiziere des Heeres und der Marine grüßen. Folgen Bestimmungen, in welcher Form dies zu geschehen hat.

Strafen. Als kleine Strafen kann der Verweis vor versammelter Mannschaft (Gruppe), der strenge Verweis vor versammelter Kompagnie (Zug), Straferzieren in mäßigem Umfang (nie über eine halbe Stunde), Strafantreten, wenn nötig mit Sack, befohlen werden. Wo es bisher schon üblich war und die wirtschaftliche Lage der Freiwilligen es gestattet, können auch Geldstrafen vereinbart werden.

Als größere Strafe kann nur verhängt werden die Entlassung, zum Beispiel für wiederholtes, unentschuldigtes Fehlen bei den Übungen, wiederholten Ungehorsam, für Elemente, die in der Abteilung einen die Manneszucht und den Geist gefährdenden Einfluß ausüben, und schließlich die Ausstoßung für grobe ehrenrührige Verfehlungen.

Die Strafen sind in der Stammrolle zu vermerken.

Man bedenke, daß es sich hier um „Freiwillige“ handelt, deren Vergehen in die Stammrolle eingetragen werden, so daß sie als „Gezeichnete“ späterhin in den Militärdienst eintreten müssen.

Im September 1914 erschienen die „Bemerkungen und weitere Verfügungen des Kriegsministeriums“ zu dem Dreiministererlaß. Nochmals wurde betont, daß die Teilnahme der Jugendlichen an Veranstaltungen und Übungen eine freiwillige sein soll.

Schon aber wird den konfessionellen Jugendorganisationen entgegengekommen: „Bei der Zeitbestimmung für die Übungen ist auf den örtlichen Gottesdienst Rück-

sicht zu nehmen.“ Weiter folgt die bedeutame Bemerkung: „Bei der Gewinnung von Jugendlichen für die Teilnahme an den Veranstaltungen auf Grund des Erlasses ist die Zugehörigkeit der Jugendlichen oder deren Eltern zu einer politischen Partei ohne Einfluß.“

Beteiligung der Jugendlichen vor dem vollendeten 16. Lebensjahr an der militärischen Vorbereitung ist nicht erwünscht außer im Bereich des 9. Armeekorps, von wo auch die bereits erwähnten Richtlinien herkommen, das ist Schleswig-Holstein, Regierungsbezirk Stade, beide Mecklenburg, Oldenburg, Fürstentum und Freie Stadt Lübeck, Hamburg und Bremen. Dort wird die Jugend schon mit vollendetem 15. Lebensjahr zur militärischen Vorbereitung aufgerufen.

Am 25. November 1914 erscheint ein Erlaß nur des Kriegsministers, der, um alle Zweifel zu beheben, klar und deutlich ausspricht, „daß die militärische Vorbereitung der Jugend eine unmittelbare Vorschule für den Dienst im Heere und in der Marine sein soll. Sie muß also alle Kreise des Volkes umfassen... Eine parteipolitische Beeinflussung darf im Dienste der militärischen Vorbereitung nicht stattfinden.“

Einige Tage vorher hatte Generallieutenant v. Krause in der Turnhalle des Gymnasiums Berlin-Friedenau „Erläuterungen und Bemerkungen“ zur Ausbildung von Jugendkompagnien mitgeteilt, wohl im Auftrag des R. Generalkommissariats für die militärische Jugendvorbereitung in der Provinz Brandenburg einschließlich Berlin. Hier heißt es wörtlich: „Das Kriegsmäßige muß im Vordergrund stehen... Niemand darf unentschuldig fehlen.“ Zum Dienstunterricht gehört auch „vaterländische Geschichte, besonders 1864, 1866 und 1870/71“.

Im September 1915 umfaßten die dem R. Generalkommissariat unterstehenden Jugendkompagnien schon 13000 Mann.

Am 17. Dezember 1914 weist ein nur vom Kultusminister unterzeichneter Erlaß darauf hin, daß die jetzige Zeit besonders geeignet sei, Geist und Herz nicht nur der Jugend, sondern auch ihrer Eltern und Angehörigen zu beeinflussen, deshalb sei „Aufmerksamkeit und kräftige Förderung namentlich auch solchen Versammlungen Jugendlicher zuzuwenden, zu denen Eltern, Angehörige usw. als Gäste zugezogen werden können... Sollten die dortigen Mittel des Jugendpflegefonds für den vorliegenden Zweck nicht ausreichen, so ist einem entsprechenden Antrag ergebenst entgegen...“

Da ist gewiß an keine parteipolitische Beeinflussung gedacht, denn die hat ja der Herr Kriegsminister in seinem Erlaß vom 25. November ausdrücklich verboten!

Am 22. Januar 1915 kam wieder ein Erlaß des Kultusministers! Die Gefahr der Verwahrlosung der Jugend droht! Der Vater im Felde, die Mutter vielfach auf Erwerbsarbeit, der schulentlassene Junge, teils mit hohem Verdienst, teils ohne irgendwelchen, entbehrt der Führung und Leitung. Kirche, Schule, Gemeinden, alle amtlichen Jugendpflegeauschüsse und alle privaten „Jugendpflegebestrebungen“ werden aufgefordert, der schulentlassenen Jugend erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, sich ihrer mit Rat und Tat anzunehmen. —

Alle diese Erlasse scheinen den Erfolg gehabt zu haben, daß, wie Genosse Korn es seinerzeit so richtig benannte, „das Wettrennen um die Seele der Jugend“ in einem starken Maße anhub und Schule wie Kirche hierbei ins Hintertreffen gerieten.

Das läßt sich schließen aus dem am 12. August 1915 erschienenen Erlaß des Kriegsministers, in dem es heißt:

Schule und Jugendpflege sind mehrfach vorstellig geworden, weil ihre Interessen durch zu häufige, oft auch zu anstrengende Übungen der militärischen Vorbereitung geschädigt werden. So großen Wert die Heeresverwaltung auch darauf legt, daß bei den Übungen der militärischen Vorbereitung eine Trennung nach Schulen, Konfessionen usw. vermieden wird, so darf das doch nicht dazu führen, daß in dieser Hinsicht ein Zwang auf Vereine ausgeübt wird, die auf eine langjährige segensreiche Arbeit an der Jugend zurückblicken

können und nunmehr in ihrem Bestand gefährdet sind. Wenn solche Vereine die militärische Vorbereitung in ihr Programm aufgenommen haben, so können sie nicht gezwungen werden, zum Beispiel zugunsten einer einmal oder mehrere Male in der Woche übenden neugegründeten Jugendkompanie auf ihre eigene Vereinsarbeit nahezu zu verzichten. Der Standpunkt der Heeresverwaltung läßt sich sehr wohl mit den Interessen von Schule, Kirche und Jugendpflege vereinigen, wenn das richtige Maß innegehalten wird. . . .

Monatlich vier militärische Übungen erscheinen der Heeresverwaltung daher genügend, doch soll bei Sonntagsübungen die Zustimmung der Geistlichkeit eingeholt werden; aber „ein Zwang zur Teilnahme an einem Feldgottesdienst darf nicht ausgeübt werden“. . . . Überanstrengungen von Jugendlichen sollen vermieden, das Anstreben von Höchst- und Wettübungen bei Märschen verboten werden. Zum Schluß ersucht das Kriegsministerium die stellvertretenden Generalkommandos, „im besonderen darauf hinzuweisen, daß jeder junge Mann, der regelmäßig an dem Vorbereitungsunterricht teilgenommen hat, einen entsprechenden Ausweis für den Eintritt ins Heer als Empfehlung erhält. Für die Ausbildung beim Ersatztruppenteil wird die Einsichtnahme dieser Ausweise nur von Vorteil sein.

Ein Abflauen der Teilnahme an den Übungen ist mit auf nicht richtiges Maßhalten in den Anforderungen zurückzuführen. Nie darf außer acht gelassen werden, daß die Liebe zum Heer und die Freudigkeit zum Dienst in diesem gefördert werden soll.“

2. Der Erfolg der Erlasse.

Was war zunächst der Erfolg der Erlasse? Kein Zweifel, daß in den ersten Monaten des Kriegsrausches die Mehrzahl der Vereine und sonstigen Jugendpflegeorganisationen sowie auch die Schule mit Begeisterung den Aufforderungen der Minister nachkamen, gewiß war der Zustrom der Jugend zu Anfang auch recht stark, wenn auch niemals so stark, wie die Väter der Erlasse erwartet und erhofft hatten.

Die gesamte nationale Jugendpflege ist heute darin einig, daß die Erlasse den gewünschten Erfolg nicht gebracht haben, und zwar aus folgenden Gründen:

Das „Strohfeuer der ersten Kriegsbegeisterung“ ist verbrannt bei der Jugend, bei den Lehrern, bei den Unternehmern.

Bei der Jugend, weil — nach Meinung der militärischen Jugendzieher — der Zwang fehlt und damit die suggestive Macht der militärischen Disziplin; bei den Lehrern, weil die militärische Vorbereitung Zeit und Kraft der Schüler der Schule entzieht, daher das vorgeschriebene Arbeitspensum nicht bewältigt wird; bei den Unternehmern, weil sie aus Mangel an erwachsenen Arbeitern die jugendlichen nicht stundenlang während der Arbeitszeit entbehren wollen.

So hat die Freiwilligkeit nach allen Seiten versagt. Darüber können die schönsten Worte nicht hinwegtäuschen. Um aber den beabsichtigten Erfolg zu erreichen, soll nun der gesetzliche Zwang eingeführt werden.

Auf eine große Anzahl jugendlicher mag zutreffen, daß sie keineswegs aus Überlegung sich der Beteiligung entzogen haben. Die Zahl derer, die niemals irgendwelche Verpflichtung auf sich nehmen, sich niemals ein-, noch weniger unterordnen wollen, die jede Disziplin hassen, woher sie auch kommen und welches Ziel sie auch haben mag, ist erschreckend groß. Das ist die Jugend, die für nichts zu begeistern ist, deren öde Stumpfheit in diesem frühen Alter eine der schärfsten Anklagen gegen die herrschende Gesellschaft darstellt. Hier mag ja der „gelinde Druck“ etwas helfen. Die Begeisterung erzwingen läßt sich nicht.

Ein Teil der Jungen ist aber aus eigenem Antrieb und mit vollem Bewußtsein der militärischen Vorbereitung ferngeblieben. Auf die Gefahr hin, daß es ihnen als Rekruten später übel vermerkt wird. Sie hatten ganz bestimmte, ihrer Weltanschauung entsprechende Gründe, um so zu handeln.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Bewegung.

Genosse Vaillant †. Genosse Vaillant ist tot. Mit ihm ist wieder einer jener Männer dahingegangen, die ein Stück Geschichte der ersten wie der zweiten Internationale verkörperten, war er doch eines der führenden Mitglieder in der französischen Sektion der Internationale. Es liegt eine tiefe Tragik in seinem Schicksal. Er, der auf allen internationalen Tagungen und überall dafür eingetreten war, daß das Proletariat die Pflicht habe, durch eine gemeinsame und selbständige Aktion der Kriegsgefahr entgegenzutreten, und der seit seiner Jugend ein aufrichtiger Bewunderer der deutschen Kultur war und für das Verständnis des Deutschtums unter seinen Landsleuten gewirkt hat, dieser treffliche Mensch und sozialistische Kämpfer mußte nicht nur den Zusammenbruch aller seiner Erwartungen erleben, sondern verlor selbst mit Ausbruch des Krieges die sozialistische Orientierung und sah schließlich im Sieg des kapitalistischen Frankreichs über das militaristische Deutschland die einzige Rettung. In der nächsten Nummer werden wir Vaillant als Kämpfer und als Mensch ausführlicher würdigen. Sein Schicksal war das Schicksal der zweiten Internationale.

Lina Scherzer-Berlin †. Die Reihen der „Alten“ lichten sich mehr und mehr. Wieder ist eine der ältesten unserer Genossinnen von uns geschieden. Am Sonntag den 12. Dezember wurde der Körper unserer am 7. Dezember verstorbenen Genossin Lina Scherzer im Krematorium zu Treptow-Baumschulentweg eingäschert. Genossinnen und Genossen hatten sich zahlreich eingefunden, um ihre Hochachtung der Verstorbenen zu bekunden. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Richard Fischer schilderte in ergreifender Rede das arbeitsreiche Proletariatsdasein der Genossin Scherzer. In warmen, zu Herzen gehenden Worten gab er ein Bild von ihrer steten, unwandelbaren, eifrigen Tätigkeit in der Partei und für sie. Trotz ihrer 81 Jahre war „Mutter Scherzer“ bis wenige Monate vor ihrem Tode noch in jeder Parteiverammlung, in jeder Parteiveranstaltung anzutreffen. Die Verstorbene war ein echtes, rechtes Proletariatskind. Sie besuchte eine der erbärmlichen Landschulen, wie sie in den Jahren 1840 bis 1850 bestanden. Sie konnten den Kindern nur ganz geringe Kenntnisse mit auf den Lebensweg geben, zumal wenn sie, wie unsere Genossin, den Eltern verdienen helfen mußten. Erst später lernte Genossin Scherzer noch lesen, doch das Schreiben blieb ihr eine unerlernbare Kunst, ihre Finger waren von der frühen harten Arbeit zu ungelent dazu. Es reichte gerade aus, daß sie mühselig ihren Namen schreiben konnte. Gearbeitet hat Lina Scherzer von Kindesbeinen an, bis der Tod ihrer Regfamkeit ein Ziel setzte. Vor vielen Jahren ergriffen die sozialistischen Lehren mit unwiderstehlicher Gewalt ihr Herz und ihr Hirn, und das für immer. Sie wurden der Leit- und Hoffnungsstern ihres Lebens. Die Schönheit des sozialistischen Zukunftsideals konnte ihr durch nichts verbunkelt werden. Sie suchte ihm zu dienen, wo und wie ihre Kraft das er-möglichte. Sie suchte nicht nach Anerkennung, ihr war es um die Pflichterfüllung zu tun. Durch ihr Beispiel, ihr ruhiges, sicheres, zielklares Wirken hat sie unermüdet sehr viel dazu beigetragen, die Partei in die Höhe zu bringen, die Zahl ihrer Mitglieder zu vermehren, Abonnement für die Presse zu gewinnen usw. Die Verstorbene war wohl über Berlin hinaus kaum bekannt. Sie gehörte zu den Vielen, die ungenannt im stillen wirken, ihr Bestes geben und deren Treue und Aufopferungsfähigkeit eine der Kraftquellen der sozialistischen Bewegung ist. Hohe Ideale muß eine Partei verfechten, damit sie Charaktere von der Lauterkeit und dem rastlosen Eifer unserer Genossin Scherzer gewinnt und festhält. Im Dienst der hohen Ideale gilt es, Mutter Scherzer nachzueifern, trotz aller Stürme und Drangsalen fest zur Fahne des Sozialismus zu stehen. Im Wirken für den Sozialismus bleiben wir mit der Verstorbenen verbunden, halten wir ihr Andenken lebendig und in Ehren.

Stille Vaader.

Agitationsversammlungen im Kreise Landeshut i. Schles.-Volkenhain-Zauer. Nicht immer will es in dieser Kriegszeit gelingen, die Genossen in den Vorständen der Wahlvereine zu überzeugen, wie notwendig und ersprießlich jetzt Versammlungen für die Frauen sind. Die Unterzeichnete hatte die Vorstände der schlesischen Bezirke zu solchen Versammlungen aufgefordert, von wo aus dann die Anregung an die einzelnen Kreise weitergegeben wurde — hier mit viel, dort mit weniger Wärme. Vereinzelt haben Versammlungen stattgefunden, aber im allgemeinen war viel Abneigung zu spüren, etwas zu veranstalten. Die abgehaltenen Versammlungen zeigten, daß bei den Frauen selbst ein starkes Bedürfnis dafür vorlag. Der Besuch ließ nur selten zu wünschen übrig.

Hier sollen im besonderen fünf Versammlungen erwähnt werden, die im Kreise Landeshut-Volkenhain-Zauer stattgefunden haben. Genossin Wulff-Breslau sprach über „Die Aufgaben der Frauen

im Kriege". Die Versammlungen fanden statt in Bohranseifersdorf, Jauer, Wersdorf, Landeshut und Rotherbach. Wie verschiedenartig auch die Erwerbsquellen und Verdienstmöglichkeiten der Proletarier in jedem einzelnen dieser Orte sind, so waren doch die Versammlungsbefucher überall in dem Gedanken einig, es möchte bald eine andere Zeit anbrechen, eine Zeit mit weniger Mühel und Not. Nach dem Referat, das auf alle Sorgen und Lasten der Frauen einging, kam dieser Wunsch bewegt zum Ausdruck. In den Orten mit wenig oder gar keiner Arbeitsgelegenheit für Frauen wurde in der Aussprache am meisten die Klage laut, daß bei der heutigen Verteuerung des Lebensbedarfs die Unterstützung der Kriegerfamilien unzulänglich ist. Wo, wie zum Beispiel im Bergbau, Frauen neuerdings wieder in die ihnen früher gesperrten Berufe eindringen, weil der Arbeiterinnenschutz außer Kraft gesetzt wurde, da mangelt es an der entsprechenden Entlohnung. In Landeshut, einem Sitz der Textilindustrie, haben die Arbeiter und Arbeiterinnen kürzlich durch ihre Organisation Lohn- und Arbeitsregelung erzielt. Ewiges Fasten hat diese Bevölkerung verkümmern lassen; es geht ihr jetzt nicht etwa glänzend, immerhin ist für sie die Magenfrage einigermaßen gelöst und damit scheint nun zunächst das Interesse für anderes erloschen zu sein. Das konnte man wenigstens aus der Versammlung in Landeshut schließen, die zwar nicht schlecht besucht war, aber in dieser Zeit einen weit stärkeren Besuch hätte haben müssen. Alles zusammengekommen bedeuteten die fünf Veranstaltungen einen Erfolg. Obgleich es sich um Mitgliederversammlungen handelte, zu denen Gäste Zutritt hatten, wurden der Parteio rganisation 23 neue Anhänger zugeführt. Das Ergebnis ist um so erfreulicher, als es im Osten erzielt wurde, wo geringer oder auch gar kein Rückschlag zu der staatlichen Unterstützung für Kriegerfamilien gezählt wird, Kriegerfrauen waren aber die meisten Besucherinnen. Der sozialistische Gedanke findet auch in der jetzigen Zeit immer mehr Einzug unter den Massen der Enterbten. Wenn auch behördliche Anordnungen der freien Rede überall enge Schranken setzen, so bleibt doch genug zu sagen übrig, was einen Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse verschafft und was zwingend auf den Sozialismus als die große Zukunftshoffnung der Menschheit hinweist. Zu wünschen ist, daß überall, wo die Agitation ganz oder teilweise ruht, wieder eine rege propagandistische Tätigkeit entfaltet wird. Die Erfolge würden nirgends ausbleiben.

F. W.

Notizenteil.

Für den Frieden.

Russische Arbeiter und der Krieg. Wie der „Vorwärts“ aus dem in Genf erscheinenden Organ der Lenin-Richtung, dem „Sozialdemokrat“ entnimmt, haben die Arbeiter der Fabrik Neu-Lessner, einer der größten Metallfabriken Petersburgs, während der Kampagne gegen die Beteiligung an dem „Zentralen Kriegsindustriellen-ausschuss“ eine Resolution angenommen, die wie folgt lautet:

„Wir, die Arbeiter der Fabrik Neu-Lessner, haben nach der Beratung der Frage über die Beteiligung am Kriegsindustriellen-ausschuss und über die Wahl von Bevollmächtigten für Fabrikausschüsse festgestellt: Der jetzige Krieg ist inszeniert und wird geführt ausschließlich im Interesse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Das Proletariat ist an dem stattfindenden Gemetzel nicht interessiert. Es bringt ihm nichts als Millionen gefallener Kameraden und Millionen Verwundeter und Verarmter. Zugleich mit dem Krieg an die Zentralmächte haben die kommandierenden Klassen Rußlands der gesamten arbeitenden Klasse einen erbarmungslosen Krieg erklärt. Sie haben die Gewerkschaften und Bildungsvereine der Arbeiter erdroffelt und die Arbeiterpresse vernichtet. Sie haben die Vertreter der Arbeiter in der Reichsduma verurteilt und ins Zuchthaus geschickt. Und nun, nach dreizehnmönatiger Kriegsdauer, nach zahllosen Niederlagen, die ihnen die Überzeugung beibrachten, daß man den äußeren Feind nicht besiegen kann, ohne das Land von seinen Fesseln zu befreien, machen sie den Versuch, die Arbeiterklasse zu sich hinüberzuziehen und rufen die noch gestern mit Waffengewalt unterdrückten Arbeiter auf, das „Vaterland“ zu verteidigen. Wir können nur eine Antwort darauf geben: die Arbeiterklasse wird nur für die Befreiung der arbeitenden Masse der Bevölkerung weiterkämpfen, zu welcher Rationalität sie auch gehören möge. Jegliche Tätigkeit, die mit der Unterstützung des internationalen Gemetzels, mit der Unterstützung der kommandierenden Klassen verknüpft ist, die seit Jahrhunderten die arbeitende Bevölkerung unterdrücken, wird von uns abgelehnt. Wir erklären,

daß nur der völlige Sturz der polizeilich-absolutistischen, kapitalistischen Ordnung das Land aus seiner jetzigen Lage zu befreien vermag. Wir fordern die sofortige Einberufung der konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Wir fordern die sofortige Wiederherstellung aller gewerkschaftlichen, kulturellen und Bildungsorganisationen der Arbeiter. Wir fordern Freiheit der Presse, der Versammlungen und der Koalitionen. Als dringendste Tagesaufgabe erkennen wir an die umfassende Vereinigung der Arbeiter in gewerkschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen, die einen scharf ausgeprägten Klassencharakter tragen. Die polizeilich-selbstherrschafliche Gewalt, die das Land in eine Reihe von Katastrophen hineingetrieben hat, hält noch heute hinter den Gefängnismauern, im Zuchthaus und in der Verbannung unsere besten Genossen, die für eine bessere Zukunft kämpfen. Wir fordern die unverzügliche Befreiung aller wegen ihrer politischen Tätigkeit Verhafteten, Verbannten und Verurteilten.“

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Auf dem Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie in Aarau war die Vertretung unserer Genossinnen von Bedeutung und Erfolg, und sie bemüht sich, auch durch stille Agitation für ihre Sache zu wirken. So verteilten sie an die Delegierten folgendes, vom Zentralvorstand des Arbeiterinnenverbandes in Massenschiff hergestelltes Flugblatt:

Werter Genosse! Wir gestatten uns gerade anlässlich des Parteitages, an dem du, werter Genosse, in voller Verantwortung für deine Organisation teilnimmst, folgende Fragen vertraulich an dich zu richten: Hast du bis heute alles getan, um auch die Frauen in deinem Orte zu tüchtigen Parteigenossinnen heranzuziehen?

Hast du bei der eigenen Frau oder Braut den Anfang gemacht?

Hast du nicht so im stillen gedacht: die Weiber gehören ins Haus, die sind gut zum Kinder hüten, Kochen, Strümpfe stopfen usw., aber die politische Arbeit, das ist ein Geschäft des Mannes; am Ende hast du im vertrauten Freundeskreise, etwa bei „Gleichgesinnten“, sogar laut darüber gesprochen?

Ist es dir noch nie zum Bewußtsein gekommen, welcher großer Unterschied darin besteht zwischen dem, was du an Parteitagen an Thesen, Leitlinien usw. mit Begeisterung angenommen hast, und dem, was du praktisch durchführst; zwischen dem, was du in deinen Parteistatuten mit herumträgst und dem, was du für die Aufklärung der eigenen Frau und der Frauen im allgemeinen getan hast?

Du bist eigentlich ein Gegner der politisch tätigen Frau, wenn du es ehrlich zugeben willst, so im stillen Kämmerlein, wenn du allein bist; natürlich nicht etwa an Parteitagen, bewahre nicht, da bist auch du für den Satz zu haben:

„Indem der Sozialismus die Ursache aller Herrschaftsverhältnisse und Vorrechte beseitigt, bringt er auch der Frau die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung mit dem Manne und die Möglichkeit naturgemäßer Entwicklung und ungehinderter Betätigung ihrer Kräfte und Fähigkeiten.“ Oder auch: Gleichstellung der Frau mit dem Manne im öffentlichen und Privatrecht.

Haben wir's getroffen? Wenn nicht um so besser, da wirst du ja ohne viel Worte für Taten zu haben sein, welche obige gedruckte Sätze (im Programm unserer Partei) zur Tat werden lassen.

Viel verlangen wir nicht von dir, wir wissen ja, daß du schon sehr in Anspruch genommen bist, wir bitten nur, daß du dafür Sorge trägst, daß an deinem Wohnort ein Arbeiterinnenverein gegründet werden kann, und falls ein solcher schon besteht, daß man ihm vorwärts hilft und nicht etwa noch Hindernisse in den Weg legt. Du sollst nur die Anregung in deinem Vorstand machen und uns die Adresse eines Vertrauensmannes oder Frau angeben, welche uns bei den nötigen Vorarbeiten helfen können. Das Weitere besorgen wir dann selbst.

Wirst du ein harter Gegner der organisierten Frau, dann gib uns deine Adresse und laß dich von uns überzeugen, wie notwendig auch die organisierte Frau ist neben dem organisierten Manne zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele, zur Erreichung des Sozialismus!

Drum nüt für Anguet:

Mit herzlichen Parteigrüßen

Zentralvorstand des Arbeiterinnenverbandes der Schweiz.

Hallwylstraße 58.

Französische Sozialistinnen an der Arbeit. Ein Teil der sozialistischen Frauen in Paris ist in einer besonderen Gruppe zusammengeschlossen: „L'action des Femmes“ (Die Aktion der Frauen). Trotz des Krieges sucht sie eine Propagandatätigkeit zu entfalten und die Frauen zu sammeln. Zu diesem Zweck hat sie den folgenden Aufruf verbreitet:

„Frauen was haben wir getan? Seit zwanzig Jahrhunderten kümmern wir uns nicht um allgemeine Fragen; unsere Fähigkeit, zu denken und zu handeln, haben wir einstellen und lähmen lassen. Wir waren die tätige Hälfte der Nation. Um nicht in beständigen Kampf mit der brutalen Kraft verstrickt zu werden, haben wir uns ausbeuten und unterjochen lassen; die ungeheuersten Ungerechtigkeiten sind uns in der Folge aufgezwungen worden. Unsere Feigheit ist das Unheil unserer Kinder geworden.

Frauen was tun wir? Viel für alle und nichts für uns selbst. Der Augenblick ist gekommen, den Ereignissen ins Angesicht zu blicken, die Vergangenheit um Rat zu fragen im Hinblick auf die Zukunft. Uns Frauen sieht es zu, die Grundlagen des Gebäudes zu stützen, das sich auf Ungerechtigkeit und groben Irrtümern erhebt, die von der Gewohnheit zu Gesetzen erhöht worden sind. Eine jede von uns muß die Wirkung ihrer Taten an dem Glück der anderen und der übrigen messen. Jeder einzelne muß sich selbst dafür verantwortlich machen, wenn er seine soziale Lage nicht verbessert. Es gibt eine Höhe des Gedankens und der Macht, die gestattet, die einzelnen Tatsachen miteinander in Harmonie zu bringen, eine Höhe des Gedankens und der Macht, die nur aus dem Verständnis der gesamten Zusammenhänge dieser Tatsachen sich ergeben kann. Wir sind berufen, die Lücken auszufüllen, die der Krieg in die Reihen der Arbeitenden jeder Art reißt. Wir müssen einen Wirkungsbereich finden im Handel, in den Künsten, in der Industrie, in den Wissenschaften. Gebieterische Notwendigkeiten verpflichten uns ganz besonders nachdrücklich am Aufbau einer neuen Zukunft für die gesamte Menschheit mitzuarbeiten. Wir müssen alle unsere sozialen Rechte ausüben.

Frauen, was werden wir tun? Unserer Würde eingedenk müssen wir zum Bewußtsein unseres Wertes kommen, zum Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit für uns selbst und die Zukunft unserer Kinder. Wir werden friedlich aber entschlossen unsere Bestrebungen, unsere Energien vereinigen, um unsere materiellen und moralischen Interessen zu verteidigen. Während die Männer ihr Blut vergießen, um das Mutterland zu verteidigen, müssen wir uns bilden und gemeinsam für das allgemeine Wohl arbeiten, andernfalls würden wir alle unsere Pflichten vernachlässigen. Mittels der Bildung werden wir unser eigenes Glück und das der künftigen Geschlechter schmieden. Frauen, die Macht der Tatsachen ruft uns auf, uns zu sammeln! Wilden wir uns, schließen wir uns zusammen, solidarisieren wir uns, organisieren wir uns! Für gleiche Arbeit gleichen Lohn! Frauen, tretet der „Aktion der Frauen“ bei!

Der Aufruf geht von einem Teil Pariser Genossinnen aus, die bisher keinen aktiven Anteil an der internationalen Friedensagitation der sozialistischen Frauen genommen haben. Er redet schäudernd und unklar genug, mehr bürgerlich-frauenrechtlerisch als sozialistisch. Er verdient Beachtung noch in anderer Beziehung. Der Aufruf ist vollständig frei von chauvinistischen, kriegsheberischen Phrasen. Das ist in dieser düsteren Stunde sein größter Vorzug und hoffentlich der erste Schritt auf dem Wege zur Bekundung internationaler sozialistischer Solidarität.

Es war einmal. Es war einmal eine Anzahl bürgerlicher Frauen, die es als tiefes Unrecht empfanden, daß die deutschen Frauen im Staat und in der Gemeinde keine Rechte besäßen. Das wollten sie mit allen Kräften zu ändern versuchen, und sie gründeten deshalb einen Verband für Frauenstimmrecht. Zuerst war es nur eine kleine Organisation, aber sie wuchs allmählich heran, und man verlangte, daß sie sich ein Programm gebe. Besonders die Arbeiterinnen, die seit Jahren schon um politische Gleichberechtigung des Weibes kämpften, wollten wissen, ob die Frauen aus dem Bürgertum nur für sich allein Rechte erstrebten, oder ob sie bereit seien, dasselbe Recht für alle Geschlechtsgenossinnen zu verlangen. Im Jahre 1907, kurz ehe das politische Vereinsrecht auf die Frauen ausgedehnt wurde, kamen denn auch die Mitglieder des Verbandes auf einer Versammlung in Frankfurt am Main dahin überein, daß die Organisation für das allgemeine gleiche Wahlrecht kämpfen sollte, da nur dieses eine vollkommene politische Gleichberechtigung auch der Frauen untereinander gewährleistete. Und damit alles seine Ordnung habe, wurde beschlossen, diese Forderung in die Satzungsparagrafen aufzunehmen.

Aber nicht alle waren damit einverstanden. Einige hielten es nicht für angebracht, der „ungebildeten“ Frau ebensoviel Rechte zuzugestehen wie der „gebildeten“, der armen soviel wie der reichen. Andere waren für ihre Person zwar Anhänger des allgemeinen gleichen Wahlrechts, aber sie fürchteten, die Damen der oberen Gesellschaftsschichten könnten an so viel Demokratie Anstoß nehmen und seien dann der Bewegung verloren.

Es begann nun ein heimliches Arbeiten und Wählen. Nur ein paar Jahre dauerte es, da hatten die Unzufriedenen eine größere

Anhängerschaft um sich gesammelt und konnten einen regelrechten Feldzug gegen das gleiche Wahlrecht eröffnen. Die demokratischen Elemente suchten zwar die alte Stellung des Verbandes zu halten, aber es gab zu viel unsichere Kantonten unter den Mitgliedern, und als sie sahen, daß die Mehrheit für die Beibehaltung der radikalen Wahlrechtsforderung immer mehr zusammenschumpfte, und als selbst Mitglieder, die man für gefeit gegen jede reaktionäre Bestrebung gehalten hatte, zu Konzessionen bereit waren, traten sie aus der Organisation aus. Es lag klar zutage, daß es nun kein Halten mehr auf der abschüssigen Bahn gab. Der schöne Traum von dem Kampf der bürgerlichen Frauen für die politische Gleichberechtigung aller Frauen war ausgeträumt.

Mitte November 1915, im Kriegsjahr, in dem so viel von der Gleichheit des Kommerzienrats und des Arbeiters im Schützengraben die Rede ist, lehnt die bürgerliche Stimmrechtsbewegung die Gleichberechtigung der Dame und der Frau aus den unteren Volksschichten ab. Sie faßt den Beschluß, die sogenannte radikale und die gemäßigtere Frauenstimmrechtsbewegung zu verschmelzen. In der Praxis heißt das, daß der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht die Forderung des gleichen Wahlrechts fallen läßt.

Die Kampfschritten für sein ehemaliges demokratisches Ziel mag die Organisation nun verbrennen oder dem vor zwei Jahren abgeschlitterten Deutschen Frauenstimmrechtsbund, der noch am allgemeinen Wahlrecht festhält, billig verkaufen. Es wird den Damen leicht werden, sich von ihnen zu trennen, denn im Grunde sind die Mitglieder bis hinein in den Vorstand ja so froh, die alte anstößige Forderung beseitigt zu wissen. Man denkt nicht mehr an früher, an die Zeit, „wo man noch Grundfäße hatte“. Die Jahre liegen weit hinter ihnen. Es war einmal...

Frauenstimmrecht.

Die Einführung des politischen Frauenwahlrechts durch eine Reform der Bundesverfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist beim Zusammentritt des Kongresses zu Washington am 6. Dezember neuerlich beantragt worden. Gleichzeitig in beiden Kammern des Bundesparlamentes durch Mitglieder, die Staaten vertreten, in denen das Frauenwahlrecht besteht. Im Senat ist der betreffende Antrag von Herrn Sutherland aus Utah eingebracht worden, im Repräsentantenhaus von Herrn Mondell aus Wyoming. Der erstere gehört dem Wahlrechtsausschuß des Senats an und wird dort für baldigste Beratung eintreten, ebenso für rasche Entscheidung im Plenum dieser gesetzgebenden Körperschaft selbst. Senator Sutherland ist überzeugt, daß der Antrag in beiden Häusern des Kongresses eine große Stimmzahl erhalten wird. Er erklärte, der überzeugendste Grund für das politische Frauenwahlrecht sei der vollständige Mangel eines wirklich triftigen und überzeugenden Grundes dagegen. Der Erfolg des Antrags würde mit einem Schlage allen Kämpfen für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in den einzelnen Bundesstaaten ein siegreiches Ende bereiten. Denn soweit dort diese Gleichberechtigung noch nicht besteht, würde sie durch die Reform der allgemeinen Bundesverfassung geschaffen, die für alle Bundesstaaten gilt. Angesichts dieser großen Wichtigkeit ist es selbstverständlich, daß die amerikanischen Frauenrechtlerinnen den Vorstoß im Senat und im Abgeordnetenhaus durch ihre Aktion außerhalb des Parlamentes kräftig unterstützen. Kurz vor dem 6. Dezember veranstaltete der Nationale Wahlrechtsbund (National Suffrage Association) im Hauptort jeden Kongressbezirks eine große Versammlung. An ihr nahmen außer den Bundesmitgliedern der betreffenden Stadt Delegationen aller übrigen frauenrechtlerischen Gruppen des Bezirks teil. Die parlamentarischen Vertreter jedes Bezirks — Senatoren und Abgeordnete — waren zu der Veranstaltung eingeladen worden und sollten sich zur Förderung des Frauenwahlrechts erklären. Ohne Rücksicht auf die persönliche Stellungnahme der Parlamentarier wurde eine Resolution angenommen, die eine Abänderung der Bundesverfassung zugunsten des Frauenwahlrechts fordert. Eine Zusammenstellung dieser Resolutionen aus allen Wahlbezirken sollte dem Kongreß am 14. Dezember durch eine Abordnung der Jahresversammlung des Nationalen Wahlrechtsbundes überreicht werden, die um jene Zeit in Washington tagte. Noch andere frauenrechtlerische Veranstaltungen waren vorgesehen, um das Bundesparlament von der Berechtigung des geforderten Frauenwahlrechts zu überzeugen.

Das politische Frauenwahlrecht in Dänemark wird voraussichtlich im Juli 1916 seine erste Probe zu bestehen haben. Wie der Ministerpräsident Zahle erklärte, beabsichtigt die Regierung die Verfassungsreform, die unter anderem auch das Frauenwahlrecht bringt, mit dem 5. Juni 1916 in Kraft treten und im Juli die Wahlen folgen zu lassen.

Gewerkschaftliches.

Kameradschaftliches Verhalten unter Arbeiterinnen. Wenn das Mädchen oder die Frau durch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen ist, in die Fabrik zu gehen und dort für fargen Lohn ihre Gesundheit zu opfern, so hat sie alle Ursache, sich mit ihren Arbeitsgefährtinnen schwesternlich zu vertragen. Das Vertragen läßt aber leider bei manchen Arbeiterinnen noch sehr viel zu wünschen übrig. In vielen Fällen führt der Verdienst zu Streitigkeiten. Hat eine Arbeiterin ein paar Pfennige mehr erworben als die andere, so machen sich oft unsinnige Geheißigkeiten und Reibereien breit. Den höheren Verdienst erklärt man einzig und allein mit allerhand unschönen Gründen, ebenso auf der anderen Seite den niedrigen Lohn. Man vergißt dabei, daß Körperkraft und Ausdauer nicht allen gleich gegeben sind. Es gibt Arbeiterinnen, die ununterbrochen schaffen, kaum daß sie die kurzen Zwangspausen einhalten. Sie ermüden nicht und denken nicht einen Augenblick an sich selbst. Andere Arbeiterinnen fühlen sich körperlich nicht so kräftig, um andauernd die nämliche Leistung zu erzielen wie die Arbeitsgenossin. Das bedeutet bei dem meist herrschenden Akkordlohn einen Unterschied im Verdienst. Bei der Verteilung von Arbeit oder der Einteilung von Maschinen entspinnen sich ebenfalls leicht Streitigkeiten. Dabei ruft wohl die eine oder andere Arbeiterin aus: „Ich gehe zum Meister!“ Die Drohung wird leider zu oft wahr gemacht. Die Arbeiterin ist sich dabei gar nicht bewußt, welch großen Fehler sie begeht. Bei jeder Streitfrage, mag sie noch so wichtig erscheinen, sollte zunächst versucht werden, sie unter den Arbeitsgefährtinnen selbst auszugetragen. Der Meister ist der Vertreter des Unternehmers und fühlt sich verpflichtet, dessen Interessen wahrzunehmen. Der Unternehmer hat aber ein Interesse daran, daß die Arbeiterinnen nicht einig sind. Für ihn gilt das alte Wort: Teile und herrsche. Denn solange die Arbeiterinnen unter sich uneins sind, werden sie dem Unternehmer nicht gefährlich werden. Darum, Arbeiterinnen, erkennt die Macht der Einigkeit, vertragt euch untereinander. Als Einzelne seid ihr schwach, hilflos, dem ausbeutenden Kapital preisgegeben. Ihr geht einer ungewissen, freudlosen Zukunft entgegen, wenn ihr nicht die Gewähr habt, einen starken Rückhalt an euren Arbeitsgenossinnen zu haben. Das Leben stellt euch im Arbeitsverhältnis Seite an Seite. Ihr seid bei der Arbeit aufeinander angewiesen. Haltet Bewußt zusammen! Das Zusammenarbeiten wird sich besser gestalten, und ihr werdet die Kraft erlangen, die Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten. Für die Wünsche einer zersplitterten Arbeiterschaft hat das Unternehmertum kein Ohr. Mit den Forderungen organisierter Frauen und Mädchen muß er rechnen. Darum: Seid einig! Organisiert euch!

Minna Guldner, Berlin.

Dienstbotenfrage.

Haushaltungslehrstellen wollen in größeren Städten die Hausfrauenorganisationen schaffen. Die dahingehenden Bestrebungen sind ein Teil der Bewegung bürgerlicher Frauen, die wirtschaftliche und soziale Lage des weiblichen Geschlechts dadurch zu heben, daß weibliche Erwerbstätige aller Verufe durch eine längere Lehrzeit zu Qualitätsarbeiterinnen ausgebildet werden. Gleichzeitig suchen diese Bestrebungen der „Dienstbotennot“ zu begegnen. Man möchte dem Mangel an sachgemäß ausgebildeten, leistungstüchtigen Hausangestellten abhelfen und durch eine entsprechende Ausbildung die Reigung der Mädchen zum Dienen vermehren. Nach den Absichten der Hausfrauenvereine sollen sich die Hausmütter, die ein hauswirtschaftliches Lehrmädchen annehmen, diesem gegenüber nicht anders fühlen als etwa gewerbliche und kaufmännische Meisterinnen. Sie sollen es gewissenhaft in der hauswirtschaftlichen Arbeit unterweisen und ihm darin eine gründliche Berufsbildung vermitteln. Als Entgelt dafür ist gedacht, daß die lehrenden Hausmütter den lernenden Dienstmädchen außer Kost und Logis nur etwa die Hälfte des sonst üblichen Anfangslohnes für Hausangestellte zahlen. Um Mißständen vorzubeugen, soll zwischen Hausfrau und Mädchen ein Lehrvertrag abgeschlossen werden, der die Gesindeordnungen außer Kraft setzt. In folgendem ein solcher Vertrag, wie ihn die Zentrale für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung in Frankfurt a. M. herausgegeben hat.

„Lehrvertrag für Haushaltungs-Lehrstellen.“

§ 1. Frau nimmt, geboren, als Haushaltungslehrmädchen auf. Die Lehrzeit beginnt am und endet am

§ 2. Für das Lehrverhältnis gelten nicht die Bestimmungen der Gesindeordnung, sondern die des Bürgerlichen Gesetzbuches, soweit dieser Lehrvertrag nichts anderes bestimmt.

§ 3. Jeder der beiden Vertragschließenden kann fristlos kündigen a. während der ersten vier Wochen (Probezeit), b. nach Ablauf dieser Probezeit, wenn ein solch wichtiger Grund vorliegt, daß dem andern Teil die Fortsetzung des Lehrverhältnisses nicht zugemutet werden kann.

Kündigt die Lehrfrau, so wird sie das Mädchen noch so lange beherbergen und verpflegen, bis der Vater (Mutter, Vormund) ausreichende Gelegenheit gehabt hat, das Mädchen wieder in Empfang zu nehmen.

§ 4. Die Vertragschließenden verpflichten sich, vor einer Auflösung des Lehrverhältnisses der Zentrale für Berufsberatung Nachricht zu geben.

§ 5. Der Lohn beträgt monatlich Mark im ersten, Mark im zweiten Jahr.

§ 6. Die Lehrfrau verpflichtet sich, das Lehrmädchen in allen vorkommenden Hausarbeiten aufs Beste zu unterweisen, ihm gute Kost und eine ordentliche Schlafstelle zu geben.

§ 7. Die Vertragschließenden haben davon Kenntnis genommen, daß die Zentrale für Berufsberatung bei Unstimmigkeiten im Lehrverhältnis ihre guten Dienste anbietet.

Frankfurt a. M.,

Die Lehrfrau:

Der Vater (Mutter, Vormund):

.....

.....

Das Lehrmädchen:

.....

Die guten Absichten der Hausfrauenvereine und namentlich der „Zentralstelle für Berufsberatung“ in allen Ehren. Wir befrüchten jedoch, daß diese Absichten sich in vielen Fällen als ohnmächtig erweisen werden, schwere Mißstände zu verhindern, die sich aus dem Lehrverhältnis heraus entwickeln können. Die Spuren schreien! Man erinnere sich an die geradezu „gerichtsnotorischen“ Abel, die heute im Handwerk für die Lehrzeit charakteristisch sind. Das aber, obgleich hier das Gesetz die Lehrlinge immerhin ein Weniges, wenn auch nicht genügend schützt. Wie erst in der Haushaltung angeht die Tatkraft, daß es für die Arbeit dort kein Schutzesetz gibt? Die Gesindeordnungen wird doch der kühnste Verteidiger „patriarchalischer Zustände“ nicht als solche ansprechen? Die Gefahr ist recht nahe liegend, daß die Lehrstellen für Hausangestellte von wenig gewissenhaften Frauen mißbraucht werden, um sich billige Arbeitskräfte zu sichern und diese skrupellos auszunutzen. Wo ist die Bürgschaft dafür, daß die „häusliche Lehrfrau“ ihren Veruf tatsächlich so tüchtig versteht, daß sie ein junges Mädchen darin unterweisen kann? Die Zahl der wirklich guten Hausmütter ist klein geworden. Wer sorgt dafür, daß die Lehrfrau das richtige Verhältnis zwischen beruflicher Schulung und geforderten Arbeitsleistungen des Lehrmädchens einhält, daß die Ausbildung nie zur Ausbeutung wird? Der Lehrvertrag ist eine schöne Sache, vorausgesetzt, daß er nicht bloß papieren bleibt. Wer bürgt für seine Durchführung? Der Name der Lehrfrau allein sicherlich nicht. Gewiß, die „Zentralstelle für Berufsberatung“ bietet ihre Dienste bei Zwistigkeiten an. Allein sie wird kaum mehr als den Versuch können, vermittelnd einzugreifen. Es fehlen ihr die Machtbefugnisse über die Partei, die ihre Verpflichtungen nicht hält. Günstiger würden die Verhältnisse liegen, wenn der Vertrag in der Art der gewerkschaftlichen Tarifverträge zwischen gleichstarken Körperschaften abgeschlossen würde. Große und einflussreiche Hausfrauenvereine sind da, leider ist dagegen die Organisation der Hausangestellten noch schwach. Sollen diese etwas Augen von der erstrebten Neuerung haben, so muß der Zentralverband der Hausangestellten an Mitgliedern und Kraft gewinnen. Alles in allem erscheint uns übrigens die Lehrzeit für Hausangestellte als ein recht kleines, kurpfühndes Mittel, an der Lösung der sehr verschlungenen Dienstbotenfrage zu arbeiten. Wie die Dinge heute liegen, gibt es andere, durchgreifende Mittel zur hauswirtschaftlichen Ausbildung als die Unterweisung im unkontrollierten Einzelhaushalt: hauswirtschaftlicher Unterricht in der Schule, in Fortbildungs- und Fachanstalten, eine gehobene Lebenshaltung der breitesten Massen, aus denen die Dienenden sich rekrutieren. Die Lust am Hausangestelltenberuf aber wird mehr als durch gute, sachgemäße Schulung erweckt und erhalten durch Aufhebung der Gesindeordnungen, gesetzlichen Schutz der häuslichen Arbeitskräfte, Zuerkennung voller Koalitionsfreiheit, kurz durch Maßregeln, die den Dienenden eine befriedigende Stellung, gute Behandlung und Entlohnung sichern.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. B. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.